



Anti-Bestechungsrichtlinie

Grundsatzaussage:

3M untersagt jede Art von Bestechung. Mitarbeiter von 3M sowie Dritte, für die diese Richtlinie gilt, dürfen keinerlei Bestechungsgelder, Schmiergelder, korrupte Zahlungen, Beschleunigungszahlungen oder unangemessene Geschenke an Regierungsbeamte oder juristischen Personen vergeben, diese anbieten oder von besagten Personen annehmen, ungeachtet der lokalen Geschäftspraktiken oder Gewohnheiten. Alle Mitarbeiter von 3M sowie Dritte, die im Auftrag von 3M handeln, müssen sich an die geltenden Anti-Bestechungsbestimmungen und Regelungen halten, darunter den U.S. Foreign Corrupt Practices Act (FCPA) und den U.K. Bribery Act (UKBA).

Zweck:

Mit dieser Richtlinie wird sichergestellt, dass 3M alle Anti-Bestechungsbestimmungen weltweit einhält. Das Nichteinhalten von Anti-Bestechungsbestimmungen kann straf- und zivilrechtliche Folgen für 3M und die Mitarbeiter von 3M haben, erhebliche Betriebsstörungen nach sich ziehen und den Ruf von 3M schädigen.

Diese Richtlinie gilt weltweit für alle Mitarbeiter und kann auch für Dritte gelten, die im Auftrag von 3M handeln. Informationen zu den Bedingungen, wann Dritte unter die Grundsätze des Code of Conduct (Verhaltenskodex) fallen, finden Sie in der Compliance-Richtlinie.

Zusätzliche Hinweise:

- Eine Bestechung ist ein direktes oder indirektes Angebot, Zahlungen oder Wertgegenstände von Regierungsbeamten oder juristischen Personen anzunehmen oder diesen zu übergeben, mit der Absicht, diesen Beamten bzw. die juristische Person zu bewegen, neue Geschäfte an das eigene Unternehmen zu vergeben oder bestehende Geschäftsbeziehungen aufrecht zu erhalten, oder um einen unzulässigen Vorteil zu erwerben. Beschleunigungszahlungen fallen in den Bereich der Bestechung und sind untersagt.
- Eine Beschleunigungszahlung ist eine kleine Geldsumme, die an einen Regierungsbeamten gezahlt wird, um die Ausführung von Routinevorgängen oder weisungsgebundenen Vorgängen zu beschleunigen, wie beispielsweise die Ausstellung eines Visums oder einer Arbeitserlaubnis, das Installieren eines Telefondienstes oder die Bereitstellung eines elektrischen Dienstes. 3M untersagt Beschleunigungszahlungen, die gegen die UKBA und die Anti-Bestechungsbestimmungen anderer Länder verstoßen.
- Im Sinne dieser Richtlinie ist der Begriff „unzulässiger Vorteil“ definiert als etwas, zu dem 3M oder ein Geschäftspartner keine direkte Berechtigung hat, wie beispielsweise die Genehmigung einer Preissteigerung, unzulässiger Einfluss auf die Entscheidung einer Regierungsinstitution oder eines Unternehmens zum Kauf von 3M-Produkten, eine günstige Auswahl von Produktspezifikationen, Vertragszusprachen, Gewährung von Betriebsgenehmigungen, Genehmigung von Produktverwendungen/-registrierungen,



vorteilhafte Gerichtsentscheidungen oder Beilegung von steuerlichen Rechtsstreitigkeiten.

- In dieser Richtlinie wird der Begriff „korrupte Beeinflussung“ in dem Sinne definiert als dass das Angebot, die Zahlung, der Zuspruch oder das Geschenk darauf ausgerichtet sein müssen, den Empfänger dazu zu bewegen, seine Regierungs- oder Geschäftsposition zum Vorteil von 3M oder einem der Geschäftspartner von 3M zu missbrauchen. Ein solcher Missbrauch kann darin bestehen, dass 3M oder einem Geschäftspartner unrechtmäßig Geschäftsmöglichkeiten zugesprochen werden, um günstige Rechtsvorschriften oder Bestimmungen zu bieten, oder den Empfänger dazu zu veranlassen, die Ausübung einer Regierungs- oder Geschäftsfunktion zu unterlassen.
- Im Rahmen dieser Richtlinie umfasst der Begriff „Regierungsbeamter“ die folgenden Personen:
 - Jede bei der Regierung beschäftigte Person, oder gewählte bzw. ernannte Funktionäre,
 - Politische Parteien,
 - Kandidaten für ein politisches Amt (auch wenn sie gegenwärtig nicht im Amt sind),
 - Mitarbeiter von Regierungen oder Behörden (Polizei, Steuerprüfer und Zollbeamte),
 - Professoren, die an regierungsnahen Universitäten arbeiten;
 - Beschäftigte des Gesundheitswesens (z. B.Ärzte, Krankenpfleger, Krankenhausbetreiber), die im öffentlichen bzw. staatlichen Gesundheitssystem arbeiten (z. B. staatliche Universitätskliniken, staatliche geförderte Gesundheitsprogramme),
 - Berater, Sprecher oder Referenten, die Regierungsmitarbeiter sind und von 3M in Anspruch genommen werden,
 - Regierungsmitarbeiter, die einen 3M-Forschungszuschuss erhalten,
 - Beamter oder Angestellter einer öffentlichen internationalen Organisation wie den Vereinten Nationen, der Welthandelsorganisation, der OECD, dem Roten Kreuz, der Organisation Amerikanischer Staaten, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank; und
 - Angestellte von halböffentlichen Agenturen und anderen Unternehmen oder Organisationen, die zum Teil oder komplett im Besitz der öffentlichen Hand sind oder durch diese kontrolliert werden
- In diesem Prinzip wird ein Beschäftigter des Gesundheitswesens im weitesten Sinne definiert als jede Person oder Einrichtung, die (a) autorisiert oder lizenziert ist, Gesundheitsdienste oder -artikel für Patienten bereitzustellen, oder (b) an der Entscheidung beteiligt ist, medizinische Produkte, Technologien und damit verbundene Dienstleistungen und Lösungen zu kaufen, zu verschreiben, zu bestellen oder zu empfehlen . Zu den Vertretern des Gesundheitswesens gehören einzelne Kliniker (z.B. Ärzte, Zahnärzte, Kieferorthopäden, Krankenschwestern und Apotheker u.a.), Anbieter von Dienstleistungen (z.B. Krankenhäuser, ambulante chirurgische Zentren, Apotheken und Lieferanten von langlebigen medizinischen Geräten) und Verwaltungspersonal von Anbieterunternehmen mit Zuständigkeiten in den Bereichen Einkauf, Formeln oder Praxispolitik (z.B. Krankenhausverwalter und Einkäufer, Einkaufsgemeinschaften, zahnärztliche Dienstleistungsorganisationen). Einrichtungen, die im Gesundheitswesen im weitesten Sinne tätig sind und sich im Besitz von Vertretern des Gesundheitswesens



befinden, sollten für die Zwecke dieser Definition ebenfalls als Vertreter des Gesundheitswesens betrachtet werden. Diese Definition umfasst nicht die Angehörigen der Gesundheitsberufe, die gutgläubige Mitarbeiter von 3M sind, während sie in dieser Eigenschaft handeln.

- In dieser Richtlinie umfasst der Begriff „Geschäftspartner“ jede juristische Person, mit der 3M Geschäfte führt, darunter:
 - Vertreter von 3M (einschließlich Handelsvertreter)
 - Berater
 - Vertriebshändler
 - Wiederverkäufer
 - Verarbeitungsunternehmen
 - Lieferanten
 - Unabhängige Auftragnehmer
 - Beschäftigter des Gesundheitswesens
- Geschäftliche Gefälligkeiten wie ein Getränk, ein Geschenkgutschein von geringfügigem Wert oder ein kostengünstiges Essen fallen nicht in den Bereich der Bestechung. Wenn ein Regierungsbeamter derartige Gefälligkeiten annimmt, müssen Sie sich an die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich Geschenken und an die finanziellen Beschränkungen halten, die für den betreffenden Regierungsbeamten gelten. Weitere Informationen finden Sie in der Richtlinie zu Geschenken, Bewirtung und Reisen.
- Beachten Sie, dass Gefallen, Versprechen oder Ermäßigungen gegenüber Regierungsbeamten oder deren Familienmitgliedern, die anderen Personen nicht gewährt werden, als „Wert“ angesehen werden und gegen diese Richtlinie verstoßen können.
- Nach dem U.S. Foreign Corrupt Practices Act sowie gesetzlichen Bestimmungen anderer Länder bezüglich Bestechung und Korruption kann das Einstellen von Familienmitgliedern eines Regierungsbeamten als Bestechung gesehen werden, je nachdem, aus welchem Grund das Familienmitglied eingestellt wurde, welche Qualifikationen vorliegen und welche Entscheidungsbefugnis der Regierungsmitarbeiter hat, die für die Geschäftstätigkeiten von 3M relevant sein könnte. Das Einstellen von Angehörigen von Regierungsmitarbeitern bei 3M ist zulässig. Besondere Vorsicht gilt, wenn es sich bei Bewerbern um nahe Verwandte (z. B. Ehepartner, Kind, Bruder oder Schwester, Nichte, Neffe, Tante oder Onkel) eines Regierungsmitarbeiters handelt, welcher in der Lage ist, Entscheidungen in Bezug auf den Kauf, die Verschreibung oder die Verwendung von Produkten oder Services von 3M oder in Bezug auf andere Handlungen der Regierung, die zum Vorteil von 3M sind, zu beeinflussen. In solchen Fällen können Verwandte des Regierungsmitarbeiters nur unter folgenden Voraussetzungen eingestellt werden:
 1. die Person entspricht den Anforderungen und hat die Qualifikationen, die alle Personen in ähnlichen Funktionen bei 3M aufweisen müssen,
 2. die Position wurde ordnungsgemäß aufgrund ihres klaren Geschäftszwecks genehmigt und nicht als spezielle Position für den Verwandten geschaffen und
 3. die eingestellte Person befolgt die Prozesse bezüglich Transparenz und Interessenkonflikten, wie es 3M von allen Mitarbeitern für den Kontakt mit Regierungsbeamten erwartet.

Wenn ein Bewerber jedoch nur aufgrund der Einflussmöglichkeiten seines Verwandten auf eine Entscheidung zugunsten von 3M in Betracht gezogen wird, darf er nicht eingestellt



werden. Unter diesen Bedingungen kann selbst das Angebot, den Bewerber einzustellen, bereits als Verstoß gegen diese Richtlinie betrachtet werden.

- Das Versäumnis, eine genaue Buchführung zu unterhalten, verstößt in vielen Ländern gegen die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. den U.S. FCPA, auch wenn keine Bestechung vorliegt. Jeder Mitarbeiter von 3M hat die 3M-Richtlinie zu internen Kontrollen, Finanzberichterstattung, Aufbewahrung von Dokumenten und Auditing zu befolgen, um sicherzustellen, dass die betreffenden Anti-Bestechungsgesetze und -bestimmungen durch 3M eingehalten werden.
- Mitarbeiter, Vorgesetzte und Manager sind verpflichtet, vermeintliche Verstöße gegen die Anti-Bestechungsgesetze und diese Richtlinie unverzüglich der zuständigen Rechtsabteilung, der Abteilung für Ethik und Compliance, ihrem Management oder einer anderen in der Richtlinie zu Mitarbeiterpflichten und Mitarbeiterhinweisen aufgeführten Stelle bzw. über andere angemessene Wege zu melden und kann dies anonym tun.
- Joint-Ventures von 3M und von 3M übernommene Unternehmen sind verpflichtet, sich an alle geltenden Anti-Bestechungsgesetze und an diese Richtlinie zu halten, andernfalls können Mitarbeiter von 3M oder das Unternehmen 3M für deren Verstöße verantwortlich gemacht werden. Mitarbeiter von 3M müssen gemäß den 3M-Prozessen zur Integritätsprüfung Prüfungen bei bestehenden und künftigen Joint-Ventures, übernommenen Unternehmen und Tochtergesellschaften durchführen, um zu ermitteln, ob sie die geltenden Anti-Bestechungsgesetze und diese Richtlinie einhalten.
- Mitarbeiter von 3M sind verpflichtet, jeden Geschäftspartner, der im Auftrag von 3M handelt, sorgsam auszuwählen. Geschäftspartner von 3M sind verpflichtet, alle geltenden Anti-Bestechungsgesetze und, falls vereinbart, diese Richtlinie einzuhalten. Mitarbeiter von 3M dürfen Geschäftspartnern nicht gestatten, Bestechungsgelder, Schmiergelder, korrupte Zahlungen, Beschleunigungszahlungen oder unangemessene Geschenke zu vergeben, anzubieten oder zu akzeptieren, andernfalls können das Unternehmen 3M oder der betreffende Mitarbeiter für die Handlungen des Geschäftspartners verantwortlich gemacht werden. Mitarbeiter von 3M sind verpflichtet, gemäß den 3M-Prozessen zur Integritätsprüfung Prüfungen der bestehenden und potenziellen Geschäftspartner durchzuführen, um zu ermitteln, ob sie die geltenden Anti-Bestechungsgesetze und diese Richtlinie einhalten. Mitarbeiter von 3M sind verpflichtet, die Anforderungen der Prozesse zur Integritätsprüfung zu beachten, um Geschäftsbeziehungen einzuschränken oder zu beenden, wenn sie herausfinden, dass ein bestehendes oder potenzielles drittes Unternehmen möglicherweise gegen die geltenden Anti-Bestechungsgesetze oder diese Richtlinie verstoßen hat.

Strafmaßnahmen:

Die Nichteinhaltung der Anti-Bestechungsgesetze und gesetzlichen Bestimmungen bezüglich Geschenken kann straf- und zivilrechtliche Folgen für das Unternehmen 3M und die Mitarbeiter von 3M haben, zu erheblichen Betriebsstörungen führen oder den Ruf von 3M schädigen. Verstöße gegen den Code of Conduct von 3M haben Disziplinarmaßnahmen zur Folge, die bis zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses führen können.